Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 204. Sonntag den 22. Juli 1888. 82. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Nach der Bestimmung in §. 44 unter g der Revidirten Städteordnung sind diejenigen Bürger, welche mit Abentrichtung von Staats- und Gemeindeabgaben länger als zwei Jahre ganz oder theilweise im Rückstande geblieben sind, von der Stimmberechtigung bei den **Stadtverordnetenwahlen** ausgeschlossen.

Unter Hinweis auf diese gesetzliche Bestimmung, sowie aus Anlaß der in nächster Zeit vorzunehmenden Aufstellung der **Stadtverordneten-Wahlliste** für die diesjährige Ergänzungswahl in das Stadtverordneten-Collegium fordern wir alle Diejenigen, welche von der obenerwähnten Bestimmung betroffen werden, hierdurch auf, ihre Staats- und Gemeindeabgaben, bezw. ihre diesfallsigen Rückstände rechtzeitig zu bezahlen.

Leipzig, am 18. Juli 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.

W. R. 5. Dr. Georgi. Clauß.

Bekanntmachung.

Nachdem der Vieh- und Schlachthofsordnung und der Gebührenordnung für den Vieh- und Schlachthof und die Fleischbeschau eingeführten frischen Fleisches annoch die Ortsstatute über die Einführung des Schlachtzwanges und die Errichtung einer Freibank, sowie die hauptsächlichsten auf die Sache bezüglichen Bekanntmachungen hinzugefügt worden sind, bringen wir dies mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß Exemplare dieser Zusammenstellung in unserer Sportelcasse I und an der Casse des Vieh- und Schlachthofes zum Preise von 50 ₰ pro Stück käuflich entnommen werden können.

Leipzig, den 18. Juli 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Hentschel.

Bekanntmachung.

Von Montag, den 23. d. M., an soll in den Hauptstraßen der Moritz-, Rudolphi- und Zimmerstraße, sowie des Alten Amtshofs durch den Kammerjäger Herrn Frische in Eutritzsch Gift zur Vertilgung der Ratten aufgestellt werden. Indem wir dies zur Kenntniß der dortigen Grundstücksbesitzer bez. Verwalter bringen, fordern wir dieselben auf, in ihren Gebäuden und Höfen gleichzeitig für Beseitigung sich dort aufhaltender Ratten besorgt zu sein.

Leipzig, den 19. Juli 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.

B. 3070. Dr. Georgi. Dr. Krippendorff.

Bekanntmachung.

Nachdem Herr **Karl Wilhelm Hermann Böttiger**, Kaufmann, in Firma: **Böttiger & Ebert**, Cigarrenfabrik, Lange Straße 4, die auf ihn gefallene Wahl zum Armenpfleger im 41. Districte angenommen hat, ist derselbe am 13. Juli 1888 durch Herrn Districts-Vorsteher Dirigent **O. Ch. S. Brückner** in dieses Amt eingewiesen worden.

Leipzig, am 18. Juli 1888.

Das Armendirectorium.

A. R. No. 595. Ludwig-Wolf. Artus.

Laut unter erhaltener Anzeige ist die dem Kaufmann und Stadtrath Herrn Moritz Pohlenz hier am 1. Januar ausgefertigte, für das laufende Jahr giltige Paßkarte Nr. 16 abhanden gekommen.

Zur Verhütung von Mißbrauch wird dieselbe hiermit für ungiltig erklärt.

Leipzig, am 19. Juli 1888.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

J. V.

III. 2792. Junck, Pol.-Rath.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Bedarfs an **Kartoffeln** und **Mohrrüben** bei dem **Garnison-Lazareth Leipzig** — August 1888 bis Juni 1889 — soll an den Mindestfordernden vergeben werden.

Unternehmer wollen die Bedingungen hier einsehen und unterschreiben und dann Angebot versiegelt mit der Aufschrift „Kartoffel rc.-Lieferung" bis 26. Juli cr. Vormittags 10 Uhr portofrei anher einsenden.

Leipzig, am 20. Juli 1888.

Königliches Garnison-Lazareth.

Obst-Verpachtung.

Die diesjährigen Obstnutzungen an den fiscalischen Straßen in den Districten der Amtsstraßenmeister

Stephan in **Gohlis**, Marienstraße 22,
May in **Neudnitz**, Kreuzspringstraße 15, II.,
Lindner in **Leipzig**, Sidonienstraße 29, III., und
Pfau in **Connewitz**, Rudorferstraße 5,

sollen gegen **sofortige baare Bezahlung** nach erfolgtem Pachtabschlusse unter den vorher bei der unterzeichneten Bauverwalterei zu erfahrenden Bedingungen verpachtet werden.

Schriftliche Pachtgebote, welche sich auf eine oder mehrere der betreffenden Straßen- und Straßenunterabtheilungen erstrecken können, müssen genaue Angaben enthalten:

1) über Namen, Stand und Wohnort des Bieters, sowie
2) darüber, auf welche Straßen und welche Straßenunterabtheilungen sich das Pachtgebot beziehe,

und sind

spätestens den 6. August dieses Jahres

bei der Königlichen Bauverwalterei Leipzig einzureichen.

Nähere Auskunft über Anfang und Ende der Straßen und der einzelnen Unterabtheilungen, sowie über die Anzahl der aufstehenden Obstbäume ertheilen die vorgenannten Amtsstraßenmeister und die Straßenwärter.

Ausgeschlossen von der Verpachtung bleibt die Nutzung von 6 Birnbäumen auf Abth. 1 der Delitzscher Straße und von 3 dergl. auf Abth. 4 der Coburger Straße.

Die Bieter sind bis zum 10. August dieses Jahres an ihre Gebote gebunden und sind diejenigen Angebote, welche bis dahin nicht beantwortet sein werden, als abgelehnt zu betrachten.

Leipzig, am 20. Juli 1888.

Kgl. Straßen- und Wasserbau-Inspection. Kgl. Bauverwalterei.

Bekanntmachung.

Dem Kürschner **Bruno Fechner**, bisher in Lindenau und Rötha wohnhaft, welcher sich kürzlich nach Markranstädt abgemeldet hat, daselbst aber nicht eingetroffen ist, ist eine Eröffnung zu machen.

Sein Betreffungsfalls wird um gefällige Ueberweisung seiner Adresse gebeten.

Lindenau, am 20. Juli 1888.

Der Gemeindevorstand.

Gurk.

Schulneubau zu Liebertwolkwitz.

Die Glaser-, Tischler-, Schlosser-, Maler-, Bezahleitz- und Klempner-, sowie Thurmuhrarbeiten sind zu vergeben. Blankets gegen Copialgebühr auf hiesigem Gemeindebureau zu erhalten. Anschläge bis 31. Juli a. c. einzusenden an den Schulvorstand.

P. Achilles, Vorsitzender.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Kaiserbegegnung.

Es ist als ob ein Friedenshauch durch die Welt zöge, seit Kaiser Wilhelm seine Meerfahrt angetreten hat. Man spricht nicht mehr von dem, was die Völker trennt, sondern nur von dem Segen, welchen der Fortbestand des Friedens überallhin verbreitet. Selbst die russische Presse versagt es sich Angesichts des Besuches Kaiser Wilhelm's, das unerschöpfliche Thema der bulgarischen Frage fortzuspinnen, man scheint zu dem stillschweigenden Einverständniß gekommen zu sein, daß man abwarten müsse, was von den Unterredungen der Kaiser mit den leitenden Staatsmännern in die Oeffentlichkeit dringen werde. Bis dahin begnügt man sich, dem Frieden Lobgesänge darzubringen und den Fortbestand des guten Einvernehmens der beiden Kaiserreiche herbeizuwünschen. Die Zeit, während welcher mächtige Fürsten mit einander in persönlichen Verkehr begriffen sind, ist erfahrungsgemäß nicht die bestgeeignete, um zu einem unbefangenen Urtheil über die politischen Beziehungen der von ihnen regierten Länder zu gelangen; so lange die persönliche Berührung dauert, wird alles vermieden, was zur Hervorkehrung von Meinungsverschiedenheiten führen könnte. Aber auch mit diesem Vorbehalt ist die gegenwärtige Lage weit besser und zufriedenstellender, als sie seit langer Zeit gewesen ist. Das Streben, schwebende Fragen außer Betracht zu lassen, ist schon an sich ein Zeichen, daß eine ruhigere Stimmung zur Herrschaft gelangt ist; man fühlt auch in Rußland das Bedürfniß, verderbliche Streitigkeiten ruhen zu lassen. Es liegt darin ein mittelbares Zugeständniß an den mitteleuropäischen Friedensbund, was hoch anzuschlagen ist, denn schon das Schweigen über Dinge, die man sonst mit großem Geräusch öffentlich zu erörtern pflegte, ist ein großer Gewinn für die Sache des Friedens, aus welchem allmälig bessere Zustände hervorgehen können.

Es ist noch nicht lange her, daß Rußland die Entfernung des Prinzen von Coburg von seinem Posten in Sofia als eine unerläßliche Bedingung für die Bewahrung des Friedens auf der Balkanhalbinsel bezeichnete. Davon ist es ganz still geworden, ebenso wenig wird man durch Nachrichten über Truppenbewegungen nach der galizischen und preußischen Grenze beunruhigt. Die russische Regierung hat durch ihre Organe erklären lassen, daß sie der Entwickelung der Dinge in Bulgarien freien Lauf gestatten will in der stillschweigenden Voraussetzung, daß der Zusammensturz des Bestehenden ja doch über kurz oder lang erfolgen muß. Auf die Beweggründe, welche zu dieser Politik des Gewährenlassens geführt haben, kommt es jedoch nicht an, es genügt die Thatsache, daß sie zur Richtschnur gewählt ist, und daß in Folge dessen der Boden für ruhige leidenschaftslose Verhandlungen bereitet ist.

Der Umschwung, welcher heute vollzogen vor uns liegt, hat sich nicht plötzlich ereignet, er ist das Ergebniß lange und energisch fortgesetzter Bemühungen der deutschen Politik, deren nächstes Ziel die Hinwegräumung der Zweifel an der Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit der deutschen Diplomatie war. Als dieses Haupthinderniß für die Wiederherstellung guter Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland beseitigt war, konnte auch der günstige Rückschlag auf das Verhältniß Rußlands zu Oesterreich-Ungarn nicht ausbleiben. Rußland sah ein, daß es die Dinge nicht auf die Spitze treiben könne, wenn sich daraus nicht ein allgemein europäischer Krieg entwickeln sollte, und diese Erkenntniß wurde wesentlich erleichtert durch die Ueberzeugung, daß ein Bündniß Rußlands mit Frankreich für jenes nicht die Vortheile bringen würde, die der unerläßliche Preis für die unnatürliche Verbindung zwischen Rußland und Frankreich sein mußte.

Wenn die ruhige und unbefangene Erwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse immer die Grundlage aller die internationalen Beziehungen betreffenden Entschlüsse der Regierungen bildete, dann konnte überhaupt niemals ein Zweifel bestehen über den Weg, den die Regierungen zur Beseitigung von Schwierigkeiten einzuschlagen haben; da aber die menschlichen Leidenschaften auch in der Politik zur Geltung kommen, so ist es die Aufgabe einer weitblickenden Staatskunst, die aufgeregten Leidenschaften zu beruhigen und dem Gewicht guter Gründe Raum zu schaffen.

Die Tradition eines Herrscherhauses hat besonders im absoluten Staat eine große Macht, deren Einwirkungen sich der Inhaber des Thrones nur schwer entziehen kann. Die russische Ueberlieferung bezeichnet es als die Aufgabe einer richtig geleiteten Politik, daß Rußland die Türken aus Europa hinauszudrängen muß. Gegen solche Ueberlieferungen kommen Vernunftgründe sehr schwer auf, der Gedanke ist lebendig und er wird sofort zur That, sobald sich eine scheinbar günstige Gelegenheit zu seiner Ausführung darbietet. Rußland hält natürlich an dieser Ueberlieferung fest, aber es giebt Gründe, welche die Vertagung der Ausführung anrathen. Es ist der deutschen Politik offenbar gelungen, diesen Gründen in den maßgebenden Kreisen Rußlands zur Anerkennung zu verhelfen, und zur Erzielung dieser Wirkung hat die Ueberzeugung wesentlich beigetragen, daß Deutschland in Verfolgung seiner Friedenspolitik nicht durch selbstsüchtige Beweggründe bestimmt wird, sondern durch die Ueberzeugung, daß selbst glückliche Kriege keinen Ersatz für die Wohlthaten des Friedens zu gewähren vermögen. Das Beispiel zeigt seine Kraft nicht nur im gesellschaftlichen, sondern auch im staatlichen Leben, und das Beispiel, welches die selbstlose Politik Deutschlands giebt, erstreckt seine Wirkungen auch auf Rußland. Es ist eine unangenehme Sache, als Friedensstörer gebrandmarkt zu werden, besonders wenn für diesen nicht einmal die Wahrscheinlichkeit besteht, den angestrebten Zweck durch einen Friedensbruch zu erreichen.

Das unleugbare, überall anerkannte Verdienst der deutschen Politik ist es, volle Klarheit über die wahre Sachlage in Europa verbreitet zu haben. Es ist heute nicht möglich, sich mit Unkenntniß zu entschuldigen, ein einfaches Rechenexempel macht alle Pläne der Rache und der Eroberung zu Schanden. Solche Rechnungen werden aber nur in dem Falle angestellt, wenn für ruhige Ueberlegung noch Raum ist, und daß diese nicht durch Leidenschaft außer Uebung gesetzt worden ist, muß wiederum als das Verdienst der deutschen Politik angesehen werden. In Rußland sind seit langer Zeit Kräfte thätig, welche die ruhige Erwägung aus dem Cadre der russischen Politik auszumerzen bestrebt waren. Gegen diese ist der Kampf mit Erfolg geführt worden und als letzte Stufe zur Erreichung des Zieles dient der Besuch Kaiser Wilhelm's bei Kaiser Alexander. Auch die persönliche Einwirkung des deutschen Kaisers wird die russischen Ueberlieferungen nicht auslöschen, sie bestehen in ihrem ganzen Umfange fort, aber das ist durch Deutschlands Bemühungen erreicht worden, daß Rußland die Unmöglichkeit erkannt hat, seine traditionellen Wünsche gegenwärtig zur That werden zu lassen. Die Erkennung einer solchen Wahrheit ist von höchstem Werthe, denn an der Ueberschätzung der eigenen Kraft ist schon mancher hoffnungsvolle Culturbau zu Grunde gegangen und hat durch den vorangegangenen Kampf zuerst um die Herrschaft und dann um die Existenz unsägliches Unheil gestiftet.

Leipzig, 22. Juli.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht den Wortlaut der bereits kurz erwähnten Antwort des Staatsministeriums auf die Polenadresse „mit Rücksicht auf deren unvollständige und verstümmelte Wiedergabe" in den galizischen Blättern. Das Schriftstück lautet:

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, die von Euerer Hochgeboren und Mitunterzeichnern unter dem 4. d. M. eingereichte Ergebenheitsadresse dem Staatsministerium mit dem Befehle zugehen zu lassen, dieselbe in Allerhöchstdero Namen zu beantworten.

Das Staatsministerium entledigt sich dieses ihm gewordenen Allerhöchsten Auftrages mit dem Versichern, daß Seine Majestät der König an der Treue, mit welcher die Preußen polnischer Abstammung an dem Throne und dem Staate hängen, niemals gezweifelt haben. Aber es hat Seiner Majestät Gerade gemacht, dasselbe Gefühl, von welchem Allerhöchstdero polnisch redende Unterthanen in ihrer großen Mehrheit jederzeit beseelt gewesen sind, auch in der Adresse vom 4. d. M. ausgedrückt zu finden. Se. Majestät entnehmen daraus die Zuversicht, daß die Herren Unterzeichner der Adresse das Gefühl der treuen Anhänglichkeit und der Dankbarkeit für die Wohlthaten geordneter staatlicher Einrichtungen auch in ihrer Bethätigung an der parlamentarischen Arbeiten des Reichs- und des Landtages im Interesse des preußischen Staates bethätigen werden.

Das Staatsministerium stellt Ew. Hochgeboren anheim, den Herren Mitunterzeichnern der Adresse vom 4. d. M. eine entsprechende Mittheilung zugehen lassen zu wollen.

Das Staatsministerium.
v. Bismarck.

Berlin, den 29. Mai 1888.

An
das Mitglied des Herrenhauses
Herrn Grafen v. Bninski,
Hochgeboren.
Samotczyzel bei Rakel, Kreis Wirsitz.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt:

„Die meisten Pariser Zeitungen haben bekanntlich keine eigenen Correspondenten, die ihnen aus anderen Hauptstädten politische Berichte einsenden. Der Franzose geht von der patriotischen Ansicht aus, daß nirgends so gute Waare geliefert werden kann, wie in den Pariser Werkstätten, und zwar erstreckt sich diese Ansicht auf alle Gebiete, sei es, daß es sich um geistige Arbeit, Kunstproducte oder um beliebige Erzeugnisse der Gewerbe und Industrie handele. — Nach diesem ökonomischen Princip werden auch die ausländischen Correspondenzen, welche die Pariser Zeitungen ihren Lesern aufzutischen pflegen — von einer verschwindend kleinen Anzahl von Ausnahmefällen abgesehen —, in den Pariser Redactionen zubereitet, wo sie in der That dem aufgeschwollen und sehr exclusiven französischen Geschmack weit besser angepaßt werden können, als Briefe, welche von einem in der Fremde weilenden Berichterstatter eingesandt werden, der in dem naiven Glauben schreibt, daß ihm obläge, die Wahrheit zu sagen.

Auch das Hauptorgan der orleanistischen Partei, der „Soleil", scheint seine Leser auf diese Weise zu bedienen, denn ein Brief von politischer Unumwundenheit, wie er in einem aus Petersburg datirten Brief vom 4. Juli zu Tage tritt, den das genannte Blatt in seiner Nummer vom 17. veröffentlicht, ist nur in Paris denkbar und möglich.

Der „Soleil" (in der gestrigen Fernsprechmeldung ist „Vapt" gehört worden) charakterisirt zunächst die Reise des Kaisers Wilhelm nach Petersburg als eine „letzte deutsche Anstrengung, Rußland zu versöhnen, als einen großen Erfolg der russischen Diplomatie, der den Kaiser von Deutschland als den Vasallen seines mächtigen russischen Nachbarn erscheinen lasse"; „niemals", führt der komische Berichterstatter fort, „habe man in Berlin so offen eingestanden wie durch diese Reise, daß Rußland allein über Krieg oder Frieden in Europa zu gebieten habe. Rußland werde wahrscheinlich die Absetzung des Prinzen von Coburg fordern, und Deutschland werde dazu voraussichtlich seine Zustimmung geben, unter Bedingungen jedoch, die dem Kaiser von Rußland nicht gefallen und ihn in dem Entschlusse befestigen würden, Deutschland keinerlei Zugeständnisse zu machen." — In diesem Tone geht es weiter und den Schluß bildet die köstliche Unterhaltung mit der hochgestellten (anonymen) Persönlichkeit, die immer ganz genau weiß, was in den allerhöchsten Kreisen geplant und gesagt wird, und die dem „Soleil"-Correspondenten anvertraut, „Rußland werde niemals gestatten, daß Deutschland Frankreich angreife, und Frankreich solle nur ruhig weiter rüsten; für 18 Monate sei der Frieden noch gesichert."

Wenn irgend ein Advocatenblatt in Paris dies schriebe, so würden wir kein Wort darüber verlieren; aber der „Soleil" gilt für das Organ der monarchischen Zukunft in Frankreich, und da sollte er doch besser unterrichtet sein und besser wissen, daß die „déchéance du Prince de Cobourg à Sofia" schon längst eine Forderung nicht blos Rußlands, sondern auch Deutschlands war, und daß sich die französische monarchische Partei in den Augen aller politisch Einsichtigen lächerlich macht, wenn sie ihr Hauptorgan sagen läßt: „L'Allemagne y consentirait sans doute, mais elle mettra son adhésion à un prix tel que le Tsar n'insistera probablement pas." — Von einer „adhésion" Deutschlands ist hier gar nicht die Rede, denn die deutsche Politik hat von Anfang an im Sinne des Berliner Vertrages gegen das Coburger Abenteuer protestirt und an dieses Verfahren niemals eine Bedingung Rußlande gegenüber geknüpft. Die „concessions que demanderait l'Allemagne" sind demnach eine kindische Erfindung. — Der Berliner Vertrag ist, wenn für irgend Jemand, für Deutschland, welches denselben präsidirt hat, ein bindendes Abkommen, und die coburgische Occupation steht mit den Grundsätzen desselben im Widerspruch.

Wenn man so unwissend in Betreff der Situation ist, wie der „Soleil" sich zeigt, so sollte man doch nicht unternehmen, dynastische Zukunftspolitik zu treiben, aber doch den Takt haben, das Betreten des Bodens, der einem unbekannt ist, zu vermeiden.

* Wie aus dem Wahlkreise Mühlhausen-Langensalza berichtet wird, hat Herr von Wedell-Piesdorf auf eine Anfrage sich dahin geäußert, daß nach seiner persönlichen Auffassung durch seine Ernennung zum Hausminister sein Reichstagsmandat nicht erloschen und daß er gern bereit sei, den Wahlkreis auch ferner zu vertreten. Es wird sich fragen, ob der Reichstag derselben Ansicht ist.

* An die verbündeten Regierungen ist, wie die „Apotheker-Zeitung" meldet, seitens der Reichsregierung eine Anfrage ergangen, ob es nicht angezeigt sei, daß, nachdem die kaiserliche Verordnung vom 4. Januar 1875 einer Revision unterzogen sei, deren Ergebniß in Kürze bevorstehe, gleichzeitig mit diesem ein einheitliches, für das ganze Reich giltiges Giftgesetz erlassen werde.

* Die telegraphisch gemeldete Rede des Großherzogs von Baden beim Schluß des badischen Landtags lautet in den wesentlichen Theilen:

In sorgenvoller Zeit hat dieser Landtag begonnen; und während Sie in der langen Tagung sich Ihren vielseitigen Aufgaben zu widmen hatten, sind schwere Schicksalsschläge hereingebrochen, welche Mich und Mein Haus in tiefe Trauer hüllten. Der unersetzliche Verlust, der Unsere Elternherzen so schmerzlich betroffen hat, ließ Uns die innige Gemeinschaft tief empfinden, in welcher Leid und Trauer von Meinem Volke mitgetragen wird. Erhebend und trostreich war es Uns, in dieser Leidenszeit so warmes Mitgefühl in wohlthuendstem Ausdruck zu erfahren. Nicht minder wohlthuend waren die erhebenden Kundgebungen des Schmerzes, als Unser Haus, unsere engere Heimath, unser deutsches Reich durch den Verlust der beiden theueren Kaiser so schwer geprüft ward. Die Ereignisse, welche in rascher Folge unser deutsches Vaterland im innersten Leben erschütterten, waren geeignet, die Liebe zu Kaiser und Reich noch fester zu begründen; sie werden dazu beitragen, die Regierung Kaiser Wilhelm's II. zu einer gesegneten zu gestalten. In dankbarem Herzen bewahre Ich die reichen Beweise treuer Theilnahme, welche Mir und den Meinigen in den ereignißvollsten Tagen schwerster Heimsuchung aus allen Theilen des Landes und aus Ihrer Mitte entgegengebracht worden sind. Vertrauen wir auf die Gnade Gottes, die uns schon so oft Kraft gab, harte Prüfungen im Glauben an Seine Liebe zu überstehen, daß Er uns erkennen lasse, wie Seine Wege uns zum Heile führen.

Durch die größere Zahl und Bedeutung der Ihnen gestellten Aufgaben hat der gegenwärtige Landtag Ihre Thätigkeit in nicht gewöhnlichem Maße in Anspruch genommen. Gerne und dankbar erkenne Ich die Ausdauer und volle Hingebung, mit welcher Sie die Vorlagen Meiner Regierung berathen und ohne Ausnahme zur Erledigung geführt haben. Auf mannigfaltigen Gebieten der Körperschaftlichen und staatlichen Einrichtungen werden damit längst erkannte Bedürfnisse befriedigt, wohlbedachte Fortschritte und Verbesserungen erreicht, zu weiteren Bemühungen um die Förderung des Volkswohls neue Anregungen gegeben sein. Der leitende Gesichtspunct unserer kirchenpolitischen Gesetzgebung, daß die Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate ihre Angelegenheiten frei und selbstständig ordnen und verwalten, ist Dank Ihrer einsichtsvollen Mitwirkung nun auch auf dem wichtigen Gebiete des Besteuerungsrechts der Confessionsgenossen für örtliche kirchliche Bedürfnisse zu erwünschter Durchführung gelangt. Wenngleich über den weiteren Entwurf bezüglich der rechtlichen Stellung der Kirchen ein volles Einverständniß nicht erzielt werden konnte, so ist doch schließlich eine werthvolle Einigung dahin erfolgt, daß einige Beschränkungen der kirchlichen Freiheit aus den Zeiten des Kampfes, auf welche heute verzichtet werden darf, beseitigt und namentlich sehr wesentliche Berechtigungen auf dem wichtigen Gebiete der Erziehung der Geistlichkeit zugestanden worden sind. Ich will Mich gern der Hoffnung hingeben, daß dieses Gesetz die Eintracht des Landes, dieses edle und kostbare Gut, fördern und zur Befestigung des freundlichen Verhältnisses Meiner Regierung auch zu dem katholischen Kirchenregiment beitragen werde.

In dem schon in nächster Zeit zum Vollzug gelangenden Landesgesetz, welches die Einführung des Reichsgesetzes über die land- und forstwirthschaftliche Unfall- und Krankenversicherung ordnet, haben die heimathlichen Verhältnisse ausgiebige Berücksichtigung gefunden; die Wohlthaten, welche jetzt einem weiteren und namhaften Theile unserer arbeitenden Bevölkerung für die Tage der Hilfsbedürftigkeit gewährleistet sind, werden nicht am wenigsten dazu beitragen, dem verewigten großen Kaiser ein unvergängliches dankbares Andenken auch dafür zu sichern, daß Er es gewesen, welcher zur Lösung der socialpolitischen Aufgaben unserer Zeit die edelsten und mächtigsten Impulse gegeben hat . . .

Mit aufrichtigem Dank für Ihre pflichtgetreue, einsichtsvolle und unermüdliche Thätigkeit und mit den besten Wünschen für Ihr Wohlergehen begleite Ich Sie bei Ihrer Rückkehr in die heimathlichen Kreise. Mögen Ihre im ungetheilten Einvernehmen mit Meiner Regierung vollführten Arbeiten dem Lande reiche Früchte tragen, und möge uns zur Erhaltung und fortschreitenden Entwickelung seiner Wohlfahrt der innere Friede nicht fehlen. Das Reich, das inmitten der schmerzlichsten Verluste unerschüttert geblieben ist, wird auch serner unser starker Schutz nach außen sein. In diesem Ausblick auf glückliche Zeiten wolle Gott Seinen Segen geben!

* Der Statthalter Fürst Hohenlohe ist am Freitag früh zu einem dreiwöchentlichen Aufenthalte auf seine Besitzungen in Bayern und Steiermark abgereist.

* * *

* Die Wiener „Deutsche Zeitung" vom 15. d. M. bringt einen „Die Anklage gegen Mackenzie" überschriebenen Leitartikel, der in seinem ersten Theile Bekanntes, zum Schlusse aber einige überraschende Mittheilungen enthält, von denen wir die folgenden unseren Lesern nicht vorenthalten wollen, ohne jedoch eine Gewähr dafür übernehmen zu können: „Erwähnt sei hier ein in Berlin circulirendes Gerücht, das mit aller Vorsicht wiedergegeben werden möge. Es betrifft die Verleihung des Hohenzollern'schen Hausordens an Mackenzie. Das Diplom, welches hierbei ausgestellt wurde, soll von keinem Minister centrasignirt gewesen sein, obwohl bei Uebergabe dieses Ordens eine solche Form als unentbehrlich erachtet wird. Ferner verlautet, daß dieser Orden bisher überhaupt noch keinem Ausländer verliehen worden. Vielleicht veranlaßt die öffentliche Aussprache dieses Gerüchtes dessen Widerlegung. Sonst dürfte wohl die Auffassung Geltung finden, daß Mackenzie diesen Orden eigentlich nicht tragen dürfe, durch welchen Dienste ausgezeichnet werden sollten, die Mackenzie thatsächlich nicht geleistet, sondern nur geschickt vorzuspiegeln verstand."

* Wie innerschweizerische Blätter melden, beabsichtigt die Eidgenossenschaft bei der Gotthardstation Seewen-Schwyz auf dem von der Gotthardbahn für Erbauung von Lagerhäusern angekauften Terrain ein Gebäude für Aufbewahrung von Kriegsmaterial (Zeughaus) zu errichten. — Die deutschen Socialdemokraten in Zürich halten jetzt nur noch geheime Versammlungen unter Namenscontrole ab. Sie fürchten, wie der Berner „Bund" bemerkt, die Ueberwachung durch den Bund.

* In Paris war vorgestern das abenteuerliche Gerücht verbreitet, Graf Herbert Bismarck würde, nachdem eine bezügliche Einigung zwischen Kaiser Wilhelm und dem Zaren erzielt wäre, in Paris erscheinen, um von der französischen Regierung eine partielle Entwaffnung zu verlangen. Es gehört ein großes Maß von Naivetät dazu, eine solche Phantasie, die nicht einmal mit der Hundstagstemperatur motivirt werden kann, ernsthaft vorzubringen. Jedenfalls müssen zunächst Diejenigen, welche dem Staatsminister Grafen Herbert Bismarck eine solche Mission zuschreiben, die seltsamsten Vorstellungen von diplomatischen Gepflogenheiten